

Günther Chaloupek

**Keynes zu den Folgen der  
Friedensverträge für Österreich und  
für den Donaauraum**

---

**Sonderdruck aus:**

**Keynes und das  
internationale Währungs- und Finanzsystem**

Herausgegeben von  
Hermann Adam, Harald Hagemann und Jürgen Kromphardt

---

Metropolis-Verlag  
Marburg 2020

# Keynes zu den Folgen der Friedensverträge für Österreich und für den Donauraum

*Günther Chaloupek*

## *1. Einleitung*

Im vorletzten Kapitel seines Buches *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages* bemerkt Keynes, er habe Österreich ebenso wie Russland und Ungarn „wenig Beachtung geschenkt“ (S. 203). Dies ist nicht die Folge einer persönlichen Präferenz des Autors. Darin spiegelt sich die weitaus geringere Bedeutung der Friedensverträge mit den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie, soweit sie noch als ehemalige Feindesländer galten, und mit den anderen Feindmächten der Entente (Bulgarien, Osmanisches Reich) wider.

Die Prioritäten der Siegermächte lagen vor allem auf zwei Gebieten: möglichst hohe Wiedergutmachungszahlungen von den Verlierern zu erhalten, was von vorneherein fast nur in Bezug auf Deutschland realistisch erscheinen musste; und – das war das besondere Anliegen Frankreichs und seines Präsidenten Clemenceau, wie es Keynes im 3. Kapitel so lebendig und eindrucksvoll darstellt – den Rivalen Deutschland nachhaltig zu schwächen, damit die „Ungleichheit der Kraft der beiden Nebenbuhler um die europäische Vorherrschaft auf viele Menschenalter beseitigt werden“ könne (S. 26)<sup>1</sup>.

Die nicht unbedeutende Unterstützung seiner Machtambitionen, die Deutschland durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn besessen hatte, war sozusagen von selbst weggefallen durch den schon vor dem Waffenstillstand erfolgten Zerfall der Habsburgermonarchie in kleine Nachfolge-

<sup>1</sup> Alle Seitenangaben im Text ohne Referenz beziehen sich auf Keynes (1920).

staaten, von denen sich die Tschechoslowakische Republik, das SHS-Königreich (das spätere Jugoslawien) und Polen – letzteres nur zum kleineren Teil Nachfolgestaat der Habsburgermonarchie – ipso facto auf die Seite der Entente stellten. Die Friedensverträge mit Österreich in Saint Germain en Lay<sup>2</sup> und mit Ungarn in Trianon waren daher von vornherein *causae minores*, was sich auch in der zeitlichen Prioritätenreihung niederschlug. Das Hauptanliegen Frankreichs gegenüber Österreich war die Festschreibung des Verbotes eines Anschlusses an das Deutsche Reich, den der österreichische Nationalrat in voreiligem Vertrauen auf das in den „Vierzehn Punkten“ von Präsident Wilson im Jänner 1918 proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker simultan mit der Konstituierung der „Republik Deutschösterreich“ im November 1918 beschlossen hatte<sup>3</sup>. England nahm gegenüber Österreich eine eher rücksichtsvolle Position ein, Frankreich hatte offensichtlich die realistische Einschätzung, dass von Österreich nicht viel an Wiedergutmachung zu holen war. Italiens territoriale Ansprüche gegenüber Österreich (italienische Provinzen, Südtirol bis zur Brennergrenze) waren unter den Siegermächten nicht strittig (im Unterschied zu seinen Ansprüchen auf dem Balkan), seine Zweifel, von Österreich Reparationsleistungen zu erhalten, sollten durch eine „Gesamthaftung“ Deutschlands ausgeräumt werden<sup>4</sup>. In anderen Fragen waren es vor allem die Regierungen der neugegründeten Nachfolgestaaten, auf deren Betreiben insbesondere die absolut ruinösen Bestimmungen in die erste Version des Vertrags von Saint Germain aufgenommen wurden, die aber später wesentlich gemildert wurden (siehe dazu Abschnitt „Privates Vermögenseigentum und Staatsschulden“).

<sup>2</sup> Dieser Begriff wird im vorliegenden Beitrag beibehalten, obwohl in der offiziellen völkerrechtlichen Terminologie Österreichs dieser Vertrag bis heute als „Staatsvertrag“ bezeichnet wird. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass sich (Deutsch-)Österreich nicht als Rechtsnachfolger der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie betrachtete. Die Entente-Mächte nahmen dies allerdings nicht zur Kenntnis, für sie waren Österreich und Ungarn die besiegten Feindstaaten, während sie die Tschechoslowakei, Polen und das SHS-Königreich als Verbündete behandelten.

<sup>3</sup> Dies war auch der offizielle Staatsname der Republik, der jedoch durch den Vertrag von Saint Germain in „Republik Österreich“ abgeändert wurde.

<sup>4</sup> Italien war zwar Kriegsgegner Deutschlands gewesen, deutsche Truppen waren aber nur gegen Kriegsende an der italienischen Front im Einsatz. Die österreichisch-ungarische Armee kämpfte nicht an der Westfront gegen Frankreich und England.

An Deutschland wurde die erste Version seines Friedensvertrags bereits am 7. Mai 1919 übermittelt, die endgültige am 16. Juni, die formal am 28. Juni angenommen wurde. Österreich erhielt die erste Version (mit den ruinösen Bedingungen) am 2. Juni, abgemilderte Versionen am 20. Juli, bzw. die endgültige am 2. September. Wie häufig Keynes an den Österreich direkt betreffenden Beratungen der Ententemächte beteiligt war, ist nicht auszumachen. Aus der Literatur geht seine Intervention in den Verhandlungen über die private Vermögensansprüche betreffenden Bestimmungen hervor (siehe unten), sowie seine Teilnahme an einer Beratung über die Frage der von Österreich zu leistenden Reparationen am 29. Mai (Skidelsky 1983, 373). Am 5. Juni ist er unter Protest aus der britischen Delegation ausgetreten, am 23. Juni begann er mit der Arbeit an seinem Buch, das er im Wesentlichen Ende Oktober abschloss (FN S. 183f.). Mit wichtigen Details der österreichischen Friedensbedingungen hat er sich nicht befasst. Für Informationen über das Tauziehen um die endgültigen Bedingungen war er auf Zeitungsberichte angewiesen. Zu dem einen Kernanliegen Österreichs, den Gebietsabtretungen, hat er überhaupt nicht, zum Anschlussverbot und zu den ruinösen Bestimmungen der ersten Version betreffend die Staatsschulden und die durch die Gründung der Nachfolgestaaten zum Auslandsvermögen gewordenen privaten Eigentumstitel der neuösterreichischen Staatsbürger nur indirekt Stellung genommen. In Bezug auf Österreich beschäftigt sich Keynes an mehreren Stellen seines Buches, und noch ein weiteres Mal in seinem Folgewerk *Revision des Friedensvertrages*, vor allem mit der Frage, wie dem verarmten und demoralisierten Land wirtschaftlich wieder auf die Beine geholfen werden könne, und wie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den mitteleuropäischen Kleinstaaten gestaltet werden sollten, um ihnen wieder eine positive Perspektive zu eröffnen.

Auch wenn Keynes' Kritik an den Friedensverträgen in der Hauptsache ökonomisch begründet ist, so beschäftigt sich sein Buch keineswegs nur mit ökonomischen Fragen. Gerühmt wurde besonders seine Schilderung der Verhandlungen des Viererrats und seiner Protagonisten, aber er widmet sich auch ausführlich Fragen des internationalen Rechts, der Moral in den internationalen Beziehungen, aktuellen und späteren Gefahren von

Seiten revolutionärer oder revanchistischer Bewegungen, der politischen Stabilität der staatlichen Neuordnung des Kontinents<sup>5</sup>.

## 2. „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und Territorialfragen

Als härteste Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen wurden in Österreich die mehr oder weniger von den Siegermächten diktierten Grenzziehungen zu den Nachfolgestaaten und zu Italien (Südtirol) empfunden, die in flagrantem Gegensatz zum Programm der 14 Punkte standen. Keynes kritisierte mit beißender Schärfe die Methoden der Selbsttäuschung, mit denen Präsident Wilson den Anschein der Geltung des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ aufrechtzuerhalten bemüht war. Als Beispiel verwendet er u.a. das im Vertrag von Saint Germain wie auch im deutschen Friedensvertrag verankerte Verbot einer Vereinigung (Deutsch-)Österreichs mit dem Deutschen Reich. Statt Österreich im Klartext einfach den von ihm, viel weniger von Deutschland selbst gewünschten Anschluss an das größere Nachbarland zu verbieten, verpflichtet der Versailler Vertrag Deutschland dazu, „die Unabhängigkeit Österreichs ... unbedingt zu achten; es anerkennt, dass diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei

<sup>5</sup> Im 100sten Jahr des Gedenkens an die Versailler Friedenskonferenz und die Friedensverträge habe ich keine Beiträge zu diesem Thema von ökonomischer Seite gefunden. Historiker haben in diesem Kontext auch an Keynes' berühmtes Buch erinnert. Es überrascht dabei einigermaßen, dass E. Conze in einem Beitrag in *Die Zeit* vom 10.1.2019 über Keynes' Schrift nicht mehr zu sagen hat, als dass ihr Autor „zum Kronzeugen all derer wurde, die den Vertrag für unannehmbar hielten.“ R. Bollmann bezeichnet, unter Berufung auf ein 2018 erschienenes Buch von E. Conze, in einem Beitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 30.12.2018 Keynes' Buch als „fatal“, „voller Schwächen und Fehlannahmen“, einflussreich in rechtsnationalistischen Kreisen. Er spricht sogar von einer „zeitweise stimulierenden Wirkung“ des Vertrages – man staunt über den Unverstand, die ökonomischen Argumente von Keynes zu begreifen und auf sie einzugehen. Demgegenüber ist das Buch von J. Leonhard (2018) frei von solchen Fehlurteilen, allerdings wird auch dort auf Keynes' ökonomische Kernargumente kaum eingegangen. – Als grotesk erscheint es, wenn R. Bollmann in einem weiteren Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 31.1.2019 von der „Zerschlagung“ des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn spricht. Dies war der Mythos der Monarchisten, mit dem sie das Ende der Habsburgermonarchie dem Friedensvertrag von Saint Germain in die Schuhe schoben. Tatsächlich hatte sich die Habsburgermonarchie bereits vor dem Waffenstillstand selbst aufgelöst.

denn, dass der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt'. Das klingt ganz unterschiedlich, kommt aber auf dasselbe hinaus. Und wer weiß, ob nicht der Präsident (Wilson) vergaß, dass ein anderer Teil des Friedensvertrags zu diesem Zwecke Einstimmigkeit des Völkerbundrates voraussetzt.“ (S. 39f.)

Daraus lässt sich nicht unbedingt ableiten, dass Keynes eine Vereinigung Österreichs mit Deutschland befürwortete. Allerdings geht aus mehreren Ausführungen an anderen Stellen hervor, dass er die Zweifel an der Lebensfähigkeit des neuen Österreich teilte. An der Haltbarkeit und Dauerhaftigkeit der territorialen Neuordnung unter den Nachfolgestaaten hatte er starke Zweifel, aber an eine Revision der Gebietseinteilung, wie sie in Österreich auch nach Annahme des Friedensvertrags immer noch gefordert wurde, dürfte er nicht gedacht haben.

### 3. Reparationen

Die Ententemächte waren sich offenbar im Klaren darüber, dass die „Hilfsmittel“ Österreichs nicht für eine Wiedergutmachung der den Kriegsgegnern Italien, Serbien und Rumänien zugefügten Schäden ausreichen würden. Die Ermittlung und Festsetzung eines Betrages für monetäre Reparationszahlungen wurde daher dem Wiedergutmachungsausschuss übertragen (Artikel 178f.). Mit sofortiger Wirkung wurde Österreich die Auslieferung eines Teils seines Nutztierbestandes und 20 Prozent seiner Flussschiffe auferlegt.<sup>6</sup>

Kurz vor seinem Austritt aus der britischen Delegation hatte Keynes noch an einer Beratung über die österreichischen Reparationszahlungen teilgenommen (29. Mai), in der er zur Mäßigung gemahnt hatte, denn sonst bliebe Österreich nur noch die Wahl „between bolshevism with Hungary<sup>7</sup> or to unite with Germany.“ Er schlug vor, dass eine eigene Kommission, aber nicht der Wiedergutmachungsausschuss, nach Österreich reisen und sich dort ein Bild von der wirtschaftlichen und finanziellen Situation machen sollte mit der Ermächtigung, Reparationszahlungen zu verlangen, „if this would seem desirable, but also with power to recommend loans to

<sup>6</sup> Österreich sollte z.B. 4000 Milchkühe im Alter von 3 bis 5 Jahren an Italien und weitere je 1000 an den SHS-Staat und an Rumänien übergeben, dazu Ochsen, Pferde, Schweine u.a.

<sup>7</sup> Die Räterediktatur unter Bela Kun dauerte in Ungarn vom 21. März bis Ende Juli 1919.

Austria in case this should seem indispensable.“ (Skidelsky 1983, 373) Er berief sich dabei auf Berichte des britischen Außenministeriums über die Situation in Wien. Die anderen Delegationen nahmen unmittelbar gegen eine Österreich allzu sehr entgegenkommende Behandlung in der Reparationsfrage Stellung.

In seinem Buch dokumentiert Keynes die Erbärmlichkeit der Lebensverhältnisse der Wiener Bevölkerung mit zwei ausführlichen Zitaten aus Wiener Tageszeitungen, aus der sozialdemokratischen *Arbeiterzeitung* und der bürgerlichen *Neuen Freien Presse*. Wenn die Arbeiterzeitung den ersten Entwurf als „ein Verbrechen an der Menschheit selbst“ bezeichnet, findet Keynes „es nicht leicht, die Berechtigung dieses Angriffs zu bestreiten.“ (S. 204)

Trotz seiner kritischen Haltung gegenüber dem Wiedergutmachungsausschuss, den Keynes als Instrument zur Durchsetzung willkürlicher, übermäßiger Forderungen betrachtete, teilte er die Hoffnung Österreichs, dass der Ausschuss nach einem Besuch vor Ort von der Auferlegung von Reparationen Abstand nehmen würde: „So denken die Wiener noch im Unglück leichtsinnig. Aber vielleicht haben sie recht. ... Vielleicht gelangt (der Ausschuss) so dazu, eine ganz andere Rolle zu spielen, als sie ihm seine Väter zudachten und wird, wenn er dem Völkerbund unterstellt wird, ein Werkzeug der Gerechtigkeit, nicht mehr der Interessen.“ (S. 179) Explizit fordert Keynes: „Auf die Eintreibung von Wiedergutmachungszahlungen von Österreich wäre zu verzichten.“ (S. 215)

Tatsächlich hat Österreich keine Reparationen gezahlt, und die im Vertrag geforderten Naturalleistungen erwiesen sich von Anfang an als undurchführbar.

#### 4. *Privates Vermögenseigentum und Staatsschulden*

Der erste Entwurf des Friedensvertrages vom 2. Juni hatte in seinen wirtschaftlichen Bestimmungen vorgesehen, dass die eigentumsrechtlichen Beziehungen zwischen Österreich und den Nachfolgestaaten in gleicher Form wie die Beziehungen zu den Ententemächten geregelt werden, indem die Tschechoslowakei, das SHS Königreich und Polen nun als „assoziierte Mächte“ der letzteren galten. Analog zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages hätte dies die Enteignung und Liquidierung des privaten

Eigentums österreichischer Staatsangehöriger und juristischer Personen (Kapitalgesellschaften) in den Nachfolgestaaten bedeutet.

Die betreffenden Bestimmungen des Versailler Vertrages stellten nach Keynes' Auffassung ein absolutes Novum dar, da es „in keinem Friedensvertrag in der neueren Geschichte“ eine solche Behandlung des Privateigentums gegeben habe. Er räumt zwar ein, dass eine scharfe Trennung von Staats- und Privateigentum möglicherweise „den modernen sozialistischen Auffassungen des Verhältnisses von Staat und Staatsbürgern nicht entspricht“, warnt jedoch vor der Konsequenz, „dass der Friedensvertrag einen vernichtenden Schlag gegen eine Auffassung führt, die vielen Bestimmungen des sogenannten Völkerrechts zugrunde liegt, wie es bisher gelehrt wurde.“ (S. 55)

In seiner Kritik der Vermögensregelung durch den Versailler Vertrag erwähnt Keynes Österreich nicht. Wie aus den Akten hervorgeht, hat er jedoch während seiner Tätigkeit in der britischen Delegation direkt mehrfach zugunsten Österreichs interveniert<sup>8</sup>. In einer Note an den britischen Kabinettssekretär Sir Maurice Hankey bezeichnete er es als verfehlt, „wenn man den deutschen Vertrag nimmt und Österreich an die Stelle von Deutschland setzt, ohne die Verschiedenheiten in der Lage zu berücksichtigen.“ Keynes veranlasste auch die Entsendung eines Experten des britischen Schatzamtes, Sir Francis Oppenheimer, nach Wien, wo dieser Mitte Mai 1919 eintraf, um mit Finanzminister Schumpeter und mit Vertretern aus Wiener Industrie- und Finanzkreisen Kontakt aufzunehmen. In einem Bericht telegraphierte er an Keynes am 23. Mai: „Der (zu diesem Zeitpunkt Österreich nicht bekannte, G.Ch.) Entwurf mit finanziellen Bestimmungen dieser Art muss jedem, der auch nur oberflächliche Kenntnisse der heutigen Lage in Deutsch-Österreich besitzt, als auf irrtümlichen Prämissen aufgebaut erscheinen.“ Ungeachtet dieser Kritik hielt jedoch der erste Entwurf des Friedensvertrages an der analogen Anwendung der Regelung des Versailler Vertrages fest.

Die Auswirkungen einer solchen Form der Vermögensregelung, die Keynes auch grundsätzlich aus Gründen des Völkerrechts und ihrer schädigenden Wirkungen für das kapitalistische Wirtschaftssystem missbilligte, waren für Österreich von wesentlich größerer wirtschaftlicher Tragweite als für das Deutsche Reich. Die Habsburgermonarchie hatte eine wirtschaftliche Einheit gebildet. Die Aktien vieler Großunternehmen,

<sup>8</sup> Die folgende Darstellung beruht auf Hoffmann (1977), zitiert bei März (1981), 364f.

deren Fabriken und Bergwerke überwiegend in den nunmehrigen Nachfolgestaaten lagen, befanden sich zu erheblichen Teilen im Besitz von Wiener Großbanken oder österreichischen Staatsbürgern, die der mittellose österreichische Staat noch dazu hätte entschädigen sollen. Es ist daher kaum eine Übertreibung, wenn der damalige Finanzminister Schumpeter in einem Vortrag behauptete, „der Grund für diese Friedensbedingungen kann nur ein Motiv haben, und zwar Deutschösterreich zu vernichten. Die finanziellen Friedensbedingungen ... sind unerfüllbar, es werden uns unsere Aktiven im Ausland, auch im Neu-Ausland, weggenommen, und wir sollen die Eigentümer entschädigen.“<sup>9</sup>

Die Zeit zwischen der Veröffentlichung des ersten Vertragsentwurfs und endgültigem Vertragstext waren geprägt von extremer Angst vor Enteignung und Unsicherheit. Es kam zu vermehrten Verkäufen und Kapitalbewegungen ins Ausland, um durch die Hereinnahme echter oder fiktiver ausländischer Eigentümer das Eigentum vor der Enteignung zu bewahren. Desaströs waren auch die Auswirkungen auf den Kurs der Krone.

Im endgültigen Vertragstext waren diese Bestimmungen nicht mehr enthalten. Auch die ursprünglich extrem harten Belastungen aus der Bedienung der Staatsschuld der gesamten österreichischen Reichshälfte wurden letztendlich erheblich gemildert.

##### *5. Die Wiederaufrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa*

Keynes' Kritik der Pariser Vororte-Verträge beschränkte sich nicht auf die Unverhältnismäßigkeit der Belastungen der Verliererstaaten durch Reparationen. Ein Versagen sah er auch darin, dass „der Friedensvertrag keine Bestimmungen zur wirtschaftlichen Wiederherstellung, nichts, um die Mittelmächte wieder zu guten Nachbarn zu machen“, enthielt (S. 184). Das grundlegende Problem bestand aus seiner Sicht darin, dass die Staaten West- und Mitteleuropas wegen ihrer hohen Bevölkerungsdichte auf Rohstoff- und besonders auf Nahrungsmittelimporte angewiesen waren, die sie mit den Erlösen aus dem Export von Industrieprodukten bezahlen konnten. Die Überschüsse an Industriegütern wurden in zahlreichen

<sup>9</sup> Schumpeter in einem Interview mit der Neuen Freien Presse vom 25.6.1919, in Schumpeter (1992), 132.

Agglomerationen produziert „mittels einer sehr feinen und unendlich verwickelten Organisation, deren Grundlagen Kohle, Eisen, Verkehr und die ununterbrochene Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen aus anderen Weltteilen waren“ (S. 186). Beides, sowohl die Rohstoff- und Nahrungsmittelzufuhren als auch Strukturen der industriellen Arbeitsteilung, hatte der Weltkrieg zerstört, beide Bedingungen mussten für eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen wiederhergestellt werden, insbesondere für eine Wiederherstellung der Industrieproduktivität.

Unmittelbar ging es um die Beendigung von Absperrungsmaßnahmen für Rohstofflieferungen sowie um eine Wiederherstellung des Transportsystems. „Aber selbst wenn Kohle gefördert und Getreide geerntet wird ... und Waren wieder produziert werden können, verhindert der Zusammenbruch des europäischen Währungssystems ihren Absatz.“ (S. 190) Keynes identifizierte „drei verschiedene Hindernisse für ein Wiederaufleben des Handels: die Spannung zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen, der Mangel an ausländischem Privatkredit für den Ankauf an Rohstoffen, die zur Beschaffung des Betriebskapitals und zum Wiederbeginn des wirtschaftlichen Kreislaufs nötig sind, und ein zerrüttetes Währungssystem, das ... Kreditoperationen zu einem Wagnis oder zu einer Unmöglichkeit macht“ (S. 198f.).

Die Hauptursache der Zerrüttung der europäischen Währungen und der Finanzsysteme, die Inflation, hat mit dem Eintreten des Friedens nicht nachgelassen, sondern ist durch die notenbankfinanzierten Defizite in den Staatshaushalten zur Dauererscheinung geworden. Nicht nur verliert „das Geschäft seine rechtmäßige Natur und wird zu nichts besserem als einer Spekulation in fremder Valuta“ (S. 198). Sie bedroht auch den Kapitalismus als Wirtschaftssystem, indem „alle dauernden Beziehungen zwischen Schuldnern und Gläubigern, die die unterste Grundlage des Kapitalismus bilden, in Unordnung geraten, bis sie fast ihre Bedeutung verlieren, und die Reichtumsbildung zum Spiel oder zur Lotterie wird“ (S. 192).<sup>10</sup>

Zwar schienen Keynes Ende 1919 „die Flammen des russischen Bolschewismus für den Augenblick wenigstens ausgebrannt“ (S. 206), und mit dem Zusammenbruch der Räteregierung in Ungarn bestand diese

<sup>10</sup> In diesem Kontext beruft sich Keynes auf eine mutmaßliche Erklärung Lenins, „dass der beste Weg zur Vernichtung des kapitalistischen Systems die Vernichtung der Währung sei“ (ibid.). Eine solche Äußerung Lenins ist allerdings in seinen gesamten Schriften nicht nachweisbar.

Gefahr für Österreich nicht mehr. „Die einzige Sicherung gegen Revolutionen in Mitteleuropa ist allerdings die Tatsache, dass sie selbst den Verzweifelten keine Aussicht auf Besserung der Lage bietet.“ (S. 242) Mit dem drohenden „Bankerott und Verfall Mitteleuropas“ begründet Keynes seinen vielfachen, dringenden Appell an die Staatsmänner der Siegermächte, Maßnahmen zu ergreifen, „die grundlegenden wirtschaftlichen Kräfte ... wieder in Gang zu setzen, sodass sie die Wiederherstellung von Wohlstand und Ordnung fördern, statt uns tiefer ins Unglück zu stürzen“ (S. 209).

### 6. Kurzfristige Erfordernisse

Die „Rettungsvorschläge“ im letzten Kapitel seines Buches umfassen eine Revision der Friedensverträge, die Abrechnung der Schulden der Ententestaaten unter sich (Löschung aller Schulden der Verbündeten untereinander) und eine internationale Anleihe im Volumen von 4 Milliarden Goldmark als „Grundlage einer allgemeinen Neuordnung der Währungen“. Im Zusammenhang der Diskussion der Frage über die zumutbare Höhe der deutschen Reparationszahlungen findet sich der Vorschlag, „dass England alle Ansprüche und den Anteil, auf den es nachweisbar ein Recht habe, der Konferenz als Beihilfe für die neu zu errichtenden Staaten zur Verfügung stellen würde“ (S. 120).

In seiner zwei Jahre später erschienenen Folgeschrift *Revision des Friedensvertrages* erneuert und konkretisiert Keynes diesen Vorschlag, „um die finanziellen Probleme zweier Länder zu erleichtern, für die [England] gewissermaßen verantwortlich ist“, zu denen er neben Österreich auch Polen zählt.

„Österreichs Probleme sind bekannt und haben das allgemeine Mitgefühl erregt. Die Wiener sind nicht dazu geschaffen worden, traurig zu sein; die Welt fühlt das instinktiv, und niemand ist so nachtragend in seinen Gefühlen, dass er der Stadt Mozarts etwas Schlechtes wünschen würde. Wien ist die Stadt der entarteten Größe gewesen; aber befreit von seinen imperialistischen Versuchungen liegt es ihm jetzt ob, für ein Viertel der europäischen Länder seine wahre Rolle als Hauptstadt des Handels und der Künste zu spielen. Irgendwie ist es mit Lachen und Weinen über die letzten zwei Jahre hinweggekommen, und wenn auch, oberflächlich betrachtet, seine Lage verzweifelter erscheint als je

zuvor, glaube ich doch, dass Hilfe in sehr geringem Umfang zu seiner Rettung genügen würde. ... Mein Vorschlag läuft daher darauf hinaus, alle Schulden zu annullieren ... und ihm eine verhältnismäßig kleine Summe aus der Milliarde Goldmark zu geben, die sich Großbritannien aus seinen Forderungen an Deutschland reserviert hat. Kredite im Betrag von 300 Millionen Goldmark ... würden genügen.“ (Keynes 1922, 195f.)<sup>11</sup>

In Österreich war nach dem Scheitern eines Kreditplans der Entente-mächte die Entwicklung des Preisniveaus im Lauf des Jahres 1921 in eine Hyperinflation übergegangen. Die Stabilisierung der österreichischen Währung wurde schließlich an den Völkerbund übertragen.

### 7. *Freihandelsverband und „Mitteleuropaplan“*

Zur Wiederherstellung der industriellen Produktivität auf Vorkriegsniveau in Mittel- und Osteuropa schlug Keynes die Errichtung eines „Freihandelsverbandes“ unter der Aufsicht des Völkerbundes vor, da nur so

„ein wesentlicher Teil der Organisation und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wiedergewonnen werden [kann], der sonst infolge der zahllosen neugeschaffenen Staatsgrenzen zwischen habgierigen, eifersüchtigen unreifen und wirtschaftlich unselbständigen Nationalstaaten verloren gehen muss. Wirtschaftliche Grenzen waren zu ertragen, solange wenige große Reiche ungeheure Staatsgebiete einschlossen. Sie werden unerträglich, wenn die Reiche Deutschlands, Österreich-Ungarns, Russlands und der Türkei unter einige zwanzig unabhängige Staatsgewalten verteilt sind.“ (S. 217f.)

Keynes' Vorschlag ging sogar so weit, dass Deutschland, Polen, die Nachbarstaaten Österreich-Ungarns (und sogar jene des osmanischen Reichs) zur Teilnahme auf zehn Jahre verpflichtet werden sollten. Mit „Freihandel“ war ein Verbot der Schutzzollgesetzgebung gemeint, das mäßige Einfuhrzölle, Luxus- und Finanzaufschläge auf nicht im Inland erzeugte Güter nicht ausschloss.

<sup>11</sup> Keynes' Sympathie für Wien und die Wiener rührte auch von einem Besuch in Wien im September 1912 her (Skidelsky 1984, 265).

Keynes war sich dessen bewusst, dass dieser Vorschlag „dem früheren deutschen Traum von Mitteleuropa“ verdächtig nahe kam<sup>12</sup>. Im Unterschied zu diesem „bevorrechtenden und eingestandenermaßen imperialistischen Plan wirtschaftlicher Ausschließung“ sah der Vorschlag von Keynes vor, dass der Beitritt allen Ländern offen stehen müsste und sich so zu einem immer mehr Länder, die darin einen Vorteil sehen, umfassenden weltweiten Freihandelssystem entwickeln könnte, der „für den Frieden und Wohlstand so viel leistet wie der Völkerbund selbst“ (S. 218).

### 8. Die Rezeption in Österreich

Nachdem die Vermögensfragen in der Endversion des Friedensvertrages von Saint Germain für Österreich in akzeptabler Weise gelöst worden waren und Reparationszahlungen abgewendet werden konnten, beschränkten sich die österreichischen Forderungen nach einer Revision in der Hauptsache auf die Frage des Anschlusses, bzw. einer engeren wirtschaftlichen Verbindung mit Deutschland<sup>13</sup>. Keynes' *Wirtschaftliche Folgen des Friedensvertrages* wurde daher in Österreich bei weitem weniger intensiv rezipiert als in Deutschland.

Eine Recherche unter den bei der Österreichischen Nationalbibliothek digitalisierten und online verfügbaren Tageszeitungen ergibt unter dem Stichwort „Keynes“ für die Jahre 1919 und 1920 106 Treffer. Die ersten Berichte über das Erscheinen der englischen Originalausgabe von Keynes' Buch finden sich in den großen Wiener Tageszeitungen (Neue Freie Presse, Neues Wiener Journal) bereits im Jänner 1920. Mit dem Erscheinen der deutschen Übersetzung im Mai 1920 nehmen die Bezugnahmen deutlich zu, nicht nur in den Wiener Blättern, sondern auch in den Provinzzeitungen. Am häufigsten und ausführlichsten zitiert bzw. referiert

<sup>12</sup> Während des Krieges, als die Mittelmächte noch Hoffnungen auf seine siegreiche Beendigung hatten, wurde „Mitteleuropa“ zu einem „zentralen wirtschaftlichen Begriff der deutschen Kriegszieldiskussion.“ Kerngedanke war die Errichtung einer Wirtschaftsgemeinschaft unter deutscher Hegemonie, die neben Deutschland und Österreich-Ungarn vor allem die Balkanstaaten umfassen sollte. (Hardach 1973, 247). Wichtigster Vertreter dieser Konzeption war Friedrich Naumann mit seinem 1915 erschienenen Buch „Mitteleuropa“, in modifizierter Form in Österreich Gustav Stolper (1917).

<sup>13</sup> Der Plan einer Zollunion scheiterte 1931 am Veto der Signatarmächte.

wurde das 3. Kapitel („Die Konferenz“) mit seiner Schilderung der Friedensverhandlungen und der Charakterisierung der Hauptakteure, so etwa im Neuen Wiener Journal vom 23. Jänner: „Der Staatsmann Wilson. Die vernichtende Charakterisierung des englischen Professors Keynes“. Auf diese bezog sich auch ein Artikel in der „Arbeiterzeitung“ (Organ der Sozialdemokratischen Partei) vom 14. November: „In dem besten Buche, das über die Friedensverhandlungen geschrieben worden ist, hat der Engländer Keynes den Kampf Wilsons mit Clemenceau, den Kampf des demokratischen Pazifismus mit dem imperialistischen Kapitalismus geschildert.“ Häufig wird auch Bezug genommen auf Keynes' Kritik an der Unmäßigkeit der Reparationsforderungen der Siegermächte gegenüber Deutschland – diese Bedrohung war lange Zeit auch für Österreich noch durchaus ernst, da man auf Seiten der Siegermächte erst im Laufe des Jahres 1920 endgültig zur Einsicht gelangte, von solchen Forderungen Abstand zu nehmen.

Der umfassendste und kenntnisreichste Bericht über Keynes' Buch in den Tageszeitungen stammt nicht von einem Wirtschaftsfachmann, sondern vom Feuilletonisten und Dramatiker Hermann Bahr<sup>14</sup>, der in seiner Kolumne „Tagebuch“ im Neuen Wiener Journal vom 1. August 1920 ausführlich auf das „im Augenblick berühmteste Buch Europas“ eingeht. Bahr ist ebenso fasziniert von Keynes' Darstellung der Pariser Friedensverhandlungen, wendet sich danach mit einiger Ausführlichkeit den ökonomischen Kerninhalten des Buches zu, der Zerstörung des vor dem Krieg bestehenden Geflechts der internationalen Handels- und Finanzbeziehungen, das einem auf Nahrungsmittelimporte angewiesenen Europa eine „hohe Lebenshaltung“ ermöglicht habe. „Können wir überhaupt noch hoffen, die grundlegenden wirtschaftlichen Kräfte wieder in Gang zu setzen?“ Im Anschluss referiert Bahr die zentralen Vorschläge von Keynes für eine Revision der Friedensverträge, vermerkt dabei auch die Empfehlung für einen Reparationsverzicht gegenüber Österreich, und referiert im Detail Keynes' Vorschlag zur Etablierung eines „Freihandelsverbandes“

<sup>14</sup> Hermann Bahr (1863-1934), österreichischer Schriftsteller, war Theater- und Literaturkritiker und Verfasser zahlreicher Romane und Bühnenwerke. In Berlin hatte er auch nationalökonomische Vorlesungen bei Adolph Wagner und Gustav Schmoller gehört. 1886 veröffentlichte er das politökonomische Traktat „Die Einsichtslosigkeit des Herrn Schöffle / Drei Briefe an einen Volksmann als Antwort auf „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie““.

(siehe oben). Bahrs Bericht schließt mit einer eher skeptischen Note hinsichtlich der Bereitschaft der Vereinigten Staaten, auf seine finanziellen Forderungen gegenüber den Verbündeten zu verzichten und damit „die Kosten auf sich zu nehmen, um Europa zu retten.“

In der bedeutendsten wirtschaftspolitischen Fachpublikation Österreichs in der Zwischenkriegszeit, der seit 1908 erscheinenden Wochenzeitschrift *Der Österreichische Volkswirt*<sup>15</sup>, finden sich kaum substantielle Bezugnahmen auf Keynes' Buch. Die einzige aktuelle Referenz findet sich in einem Artikel Gustav Stolpers vom 10. April 1920 (*Der Österreichische Volkswirt* 12. Jg., Nr. 28, S. 544): „England hat immer weniger Lust, sich zum Garanten des französischen Imperialismus in Europa zu machen. Man lese bei Keynes nach, was er über die innere Fremdheit des Durchschnittsengländers gegenüber europäischen Fragen sagt.“ In einem in derselben Zeitschrift veröffentlichten Nachruf auf den 1924 verstorbenen Präsidenten Wilson ruft der Autor Rudolf Olden in Erinnerung, dass Keynes, bei aller Kritik an Wilsons Verhandlungsgeschick, diesen als einen Mann charakterisiert habe, der „nichts tun wollte, was nicht ehrenhaft, nichts, was nicht gerecht und richtig war, nichts, was im Widerspruch zu seinem großen Glaubensbekenntnis stand“ (16. Jg., Nr. 19, S. 570).

In der ersten Nachkriegsausgabe der *Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik*<sup>16</sup> erschien ein Artikel von Richard Schüller<sup>17</sup> über die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain. Einleitend wird das „so berechtigtes Aufsehen erregende Buch von Keynes“ erwähnt (S. 34), im Folgenden jedoch nicht weiter darauf Bezug genommen.

Franz Kleins<sup>18</sup> Broschüre *Die Revision des Friedensvertrages von Saint Germain* ist eine bittere Anklage gegen das gesamte Vertragswerk,

<sup>15</sup> Über den *Österreichischen Volkswirt* und seine Herausgeber siehe Chaloupek (2011).

<sup>16</sup> Nachfolgerin der *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung* (bis 1918).

<sup>17</sup> Richard Schüller (1870-1972) gehörte der Österreichischen Schule der Nationalökonomie an und war als Sektionschef im Handelsministerium Mitglied der österreichischen Delegation zu den Pariser Friedensverhandlungen.

<sup>18</sup> Franz Klein (1854-1926), Jurist, war Beamter und zweimal k.k. Justizminister. 1919 war er Mitglied der österreichischen Delegation zu den Pariser Friedensverhandlungen. In einem Einleitungstext zu der Broschüre hofft die Herausgeberin, Kleins Schrift möge auch andern zum Vorbild dienen, das Unrecht der Friedensverträge gegenüber den besiegten Staaten aufzuzeigen, so wie es „als erster der Engländer Keynes für Deutschland getan hat.“

welches der Autor unter Berufung auf Keynes' Schrift „als Gefahr für ganz Europa und als schwere Bedrohung der Sieger“ bezeichnet (Klein 1920, 9). „Um Deutschösterreichs Untergang zu verhüten, werden alle Friedensbedingungen geprüft und berichtigt werden müssen, die ... dem neu entstandenen Gemeinwesen nicht die notwendigen Existenzgrundlagen lassen“, und zwar „ohne die Falschmünzerei, von der J.M. Keynes schreibt, dass sich die schlauesten Sophisten und die heuchlerischsten Urkundenentwerfer zu ihr zusammengetan haben, um im Friedensvertrag Wilsons Prinzip dem Scheine nach aufrechtzuerhalten, im Wesen aber zu umgehen“ (S. 18). Seine Forderungen nach Revision des Friedensvertrages begründet Klein weniger mit ökonomischen und sozialen Argumenten, sondern in erster Linie mit der Berufung auf „Kultur- und Humanitätsideen“, welche sich „dank der Mechanik der Friedenskonferenz, wie J.M. Keynes sie schildert, ... im Vertrag nicht Beachtung verschaffen konnten“ (S. 55).

In seinem 1923 erschienenen Buch *Die österreichische Revolution* analysiert Otto Bauer die Wechselwirkungen zwischen den Pariser Friedensverhandlungen und der innenpolitischen Entwicklung Österreichs unter dem Eindruck seiner eigenen Rolle als maßgeblicher politischer Akteur, auch als Außenminister und Mitglied der österreichischen Delegation. Als konsequentester Befürworter des Anschlusses an Deutschland war Bauer im Juli 1919 als Außenminister zurückgetreten, nachdem sich die Aussichten auf dieses Vorhaben zerschlagen hatten. „Die Diskussion (unter den Ententemächten) hatte, wie Keynes erzählt, mit einem jener charakteristischen Kompromisse zwischen Clémenceau und Wilson, zwischen der Machtpolitik Frankreichs und der vom amerikanischen Präsidenten vertretenen demokratischen Ideologie geendet, in denen immer der Imperialismus in der Sache und die Demokratie in der Ausdrucksweise siegte.“ (Bauer 1923, 150)

Joseph Schumpeter hat sich erst in seinem in der *American Economic Review* erschienenen Nachruf auf Keynes zu dessen *Wirtschaftlichen Folgen des Friedenvertrages* geäußert – aus der zeitlichen Distanz von fast drei Jahrzehnten. Einerseits lobt Schumpeter die politischen und ökonomischen Aussagen des Buches ebenso wie die gelungene literarische Form – „es ist ein Kunstwerk“. Eine versteckte Kritik birgt die Feststellung, dass „die dem Werk zugrunde liegenden ökonomisch-theoretischen Zusammenhänge von einfachster Art [sind] und keinerlei verfeinerte Technik erfordern“ (Schumpeter 1954, 311). Deutlicher ist die Distanzie-

nung von der Theorie der langfristigen Stagnation, die Keynes im 2. Kapitel („Europa vor dem Kriege“) entwirft. In den späteren Kapiteln legt Keynes allerdings die Betonung auf die Schwierigkeiten, die Deutschland (und auch Österreich) als Exporteur von Industrieprodukten als unumgängliche Voraussetzung für die von Importen abhängige Ernährung der Bevölkerung durch Beschneidung seiner Rohstoffbasis durch den Friedensvertrag sowie aus der Zerstörung „der sehr feinen und unendlich verwickelten Organisation“ (siehe oben) erwachsen und so eine Erholung der deutschen Wirtschaft gefährden würden. Aus mehreren Interviews während seiner Zeit als Finanzminister geht hervor, dass Schumpeter diese damals akuten Probleme jedoch bei weitem nicht für so schwerwiegend hielt. Indirekt aus dem Nachruf sowie aus verschiedenen Vorträgen und Interviews mit in- und ausländischen Zeitungen geht hervor, dass er die Mangelsituationen für vorübergehende Erscheinungen hielt<sup>19</sup>, allerdings unter der Bedingung, dass Handelsfreiheit bald wieder hergestellt würde. Auch die Auswirkungen des Versailler Vertrages auf Deutschland schätzte er offensichtlich als weniger gravierend ein als Keynes<sup>20</sup>.

Ausführlich zitiert werden Keynes' Ausführungen zu Österreich in dem Buch von Karl R. Stadler, das überwiegend auf englischen Quellen beruht und im Wesentlichen während der Zeit der Emigration des Autors in Großbritannien verfasst worden ist. Keynes' Mitteleuropaplan wird von Friedrich Hertz in der in der Emigration entstandenen Studie *The Economic Problem of the Danubian States* erwähnt (Hertz 1947, 56).

<sup>19</sup> „Man darf durchaus nicht glauben ... dass ein Staat, um wirtschaftlich leben zu können, alle notwendigen Rohstoffe in seinem Gebiet enthalten muss. Wir müssen Kohle haben. Aber auch wenn sie in Österreich läge, müsste unsere Industrie sie kaufen, und mehr wie kaufen braucht sie sie auch aus Ostrau nicht.“ (Schumpeter 1992, 115) Schumpeters in Presseinterviews offen zur Schau getragener Optimismus bezüglich der Existenzmöglichkeit eines selbstständigen Kleinstaats Österreich diene auch dem Zweck, seine Abneigung gegen den Anschluss möglichst publik zu machen.

<sup>20</sup> „Ich glaube nicht, dass der Friede mit Deutschland, so wie er ist, dasselbe erdrücken wird. ... Es wird eine Zeit des Hinauf- und Hinuntersparens durchzumachen haben, ich bin aber überzeugt, dass sich Deutschland seiner Aufgabe gewachsen zeigen wird. Es wird ja bereits jetzt eifrig gearbeitet, die deutsche Tüchtigkeit zeigt sich überall, und ich zweifle nicht an seiner Zukunft.“ (Schumpeter 1992, 133)

### 9. Die weitere Entwicklung

Bei den Reparationsverpflichtungen Deutschlands dauerte es 13 Jahre (bis zur Konferenz von Lausanne im Sommer 1932), bis die Entente zu einer realistischen Einschätzung der Leistungsfähigkeit gelangte, die im Wesentlichen bei jenem Wert zu liegen kam, mit welchem Keynes das „Maximum von Deutschlands Zahlungsfähigkeit“ bezifferte (S. 163)<sup>21</sup>. Hinsichtlich der Reparationsverpflichtungen Österreichs, die nur gegenüber Italien und dem neu gegründeten SHS-Königreich bestanden, war man auf Entente-Seite von vornherein realistischer. Die Siegermächte anerkannten, dass Österreich aufgrund seiner unzureichenden Versorgungslage zuerst massive Nahrungsmittelhilfen nötig hatte, bevor überhaupt an spätere Reparationszahlungen gedacht werden konnte. Deren Festlegung wurde zur späteren Entscheidung dem Wiedergutmachungsausschuss übertragen<sup>22</sup>. Dieser kam 1921 zum Ergebnis, dass Österreich nicht einmal die Mittel aufbringen konnte, um für Besatzungskosten und die geleisteten Lebensmittellieferungen zu bezahlen, womit die Frage der Reparationszahlungen Österreichs ad acta gelegt wurde. (Stadler 1968, 217) Keynes' Standpunkt in der Reparationsfrage hat sich demnach in beiden Fällen als richtig erwiesen.

Die Stabilisierung der österreichischen Krone, um die sich zuerst Joseph Schumpeter in seiner Zeit als österreichischer Finanzminister (März bis Oktober 1919) vergeblich bemüht hatte, gelang erst nach einigen gescheiterten Anläufen. Nach einer Phase der Hyperinflation (von August 1921 bis Oktober 1922) konnte Österreich unter den Auspizien des Völkerbundes im Oktober 1922 eine von den Ententemächten garantierte internationale Anleihe begeben, deren Betrag mit 625 Millionen Goldkronen (entspricht ca. 530 Millionen Goldmark) höher war als die

<sup>21</sup> Keynes nennt dort einen Betrag von 40 Mrd. Goldmark. Durch die Konferenz von Lausanne wurden die deutschen Reparationszahlungen gegen die Verpflichtung zu einer Restzahlung von 3 Mrd. Mark beendet. Wie viel Deutschland tatsächlich an Reparationen geleistet hat, hängt auch von der Bewertung der nicht in Geld geleisteten Wiedergutmachungen ab. Nach deutschen Angaben betrug die Gesamtsumme 67,7 Mrd. Mark, nach Entente-Schätzungen nur 21,8 Mrd. Mark (Leonhard 2018, 1229). Der mittlere Wert zwischen diesen beiden Zahlen ergibt ungefähr die Keynes'sche Schätzung.

<sup>22</sup> Auch für Ungarn, das als Agrarland keine Lebensmittelversorgungskrise erlebte, wurde diese Entscheidung dem Wiedergutmachungsausschuss übertragen (Leonhard 2018, 1079).

von Keynes vorgeschlagene Summe. Eine Bedingung war die strikte Haushaltskontrolle durch einen vom Völkerbund bestellten Generalkommissär (Butschek 1985, 40ff.).

Die Modalitäten der Währungsanierung waren politisch heftig umstritten. Die effektive Verzinsung der Anleihe mit fast 10 Prozent brachte auf viele Jahre eine erhebliche Belastung des Staatshaushalts mit sich. Besonders richtete sich die Kritik gegen die empfindliche Einschränkung der staatlichen Souveränität durch die externe Budgetkontrolle. Nicht nur die seit 1920 in Opposition befindliche Sozialdemokratische Partei, sondern auch die bürgerliche Zeitschrift *Der Österreichische Volkswirt* kritisierten die nach dem Namen des Bundeskanzlers als „Seipel-Sanierung“ bezeichnete Rekonstruktion des Währungssystems, welche die Krone durch den Schilling ersetzte (10.000 K entspricht 1 Schilling), aus schärfste. Wie die Sozialdemokraten argumentierte auch Gustav Stolper im *Volkswirt*<sup>23</sup>, dass eine Sanierung aus eigener Kraft, für die u.a. eine Zwangsanleihe vorgesehen wurde, und damit eine Vermeidung der demütigenden Unterwerfung unter die Bedingungen der Siegermächte (u.a. neuerlicher förmlicher Verzicht auf den Anschluss an Deutschland) möglich gewesen wäre.

Keynes hielt offensichtlich eine solche Sanierung aus eigener Kraft für unrealistisch. Was die Bedingungen der Anleihe betrifft, so dürfte Keynes die Form der Kontrolle, der Österreich sich fügen musste, nicht gebilligt haben, denn in einem ähnlichen Kontext hatte er dafür plädiert, dass „Ausgaben aus der Anleihe der allgemeinen, aber nicht ins Einzelne gehenden Aufsicht durch die Gläubigerländer unterliegen [sollten]“ (S. 235).

Dass die Auflösung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes durch den Zerfall der Habsburgermonarchie schwerwiegende wirtschaftliche Auswirkungen haben würde, die auch eine Gefahr für die politische Stabilität der gesamten Donauregion bedeuteten, war den Beteiligten auf beiden Seiten von Anfang an bewusst. Eine „Donauföderation“ als Wirtschaftsunion wurde in Österreich nicht von Anfang an verworfen, aber sehr bald als unrealistisch eingeschätzt, als die Nachfolgestaaten sofort – zuerst durch die Einführung eigener Währungen – von ihrer neu errungenen Souveränität wirtschaftlichen Gebrauch machten.

Auf Seiten der Ententemächte wurden verschiedene Formen handelspolitischer Bestimmungen in den Friedensverträgen diskutiert, welche

<sup>23</sup> Der Österreichische Volkswirt 14 (1922/23-1), 39ff.

die Nachfolgestaaten von aggressiven protektionistischen Maßnahmen abhalten sollten. Eine umfassende Lösung scheiterte nicht zuletzt an den Interessengegensätzen zwischen den Ententestaaten selbst, von denen jeder sich besondere wirtschaftliche Einflussphären in den einzelnen Nachfolgestaaten sichern wollte. Als Minimallösung einigte sich die Wirtschaftskommission der Entente auf eine Option für Österreich, Ungarn und die Tschechoslowakei für ein gemeinsames Präferenzzollsystem, dessen Vorteile nicht automatisch den Siegermächten gewährt werden mussten. Wie stark auf dieser Seite das gegenseitige Misstrauen war, zeigt sich darin, dass dieses Präferenzzollsystem auf fünf Jahre befristet war. Letzteres erwies sich allerdings bald als irrelevant, weil die drei Staaten von der Option keinen Gebrauch machten (Stadler 1968, 218f.). Keynes' Vorschlag eines mitteleuropäischen Freihandelsverbandes unter Einschluss Deutschlands ging weit über die in den Friedensverträgen enthaltenen Möglichkeiten hinaus. Er musste vor allem von Frankreich als Provokation empfunden werden – und war wohl als solche beabsichtigt –, dessen Absichten auf Ausweitung seines Einflussgebietes bei gleichzeitiger Isolierung Deutschlands der Vorschlag diametral entgegenstand.

Am Ende seiner Schrift über die *Wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages* zeichnet Keynes ein düsteres Zukunftsbild, geprägt von der desolaten Lage, in der sich die unterlegenen Staaten befanden, und wohl auch aus Enttäuschung darüber, dass sich zum Zeitpunkt seiner Publikation kaum Bereitschaft zeigte, auf seine Argumente einzugehen. Zwei Jahre später – in der Folgepublikation *Revision des Friedensvertrages* – konstatierte er eine gewisse Normalisierung:

„Trotz der Depression des Handels und der erschütterten Währungssysteme ist Europa unter der Oberfläche viel fester und kräftiger geworden als vor zwei Jahren. Die Gemüter sind ruhiger geworden. Die durch den Krieg zertrümmerte Organisation ist teilweise wieder aufgebaut worden ... Rohmaterialien sind im Überfluss vorhanden ... es sind Anzeichen dafür vorhanden, dass das Schlimmste vorüber ist. Zwei Hindernisse verbleiben. Trotzdem der Friedensvertrag nicht ausgeführt worden ist, ist er noch nicht revidiert worden. Der Teil der Organisation, der aus Regulierung des Geldumlaufs und Staatsfinanzen und ausländischen Wechselkursen besteht, ist nahezu in demselben schlechten Zustand verblieben, in dem ihn der Friedensschluss vorfand.“ (Keynes 1922, 185f.)

Dies galt auch für die Situation in Österreich. Zweifel an der „Lebensfähigkeit“ (im buchstäblichen Sinn) entsprangen der katastrophalen Versorgungslage im Krieg und in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Hier begann mit der Währungsanierung Ende 1922 die Rückkehr zur Normalität. Trotz der Stabilisierungsrezession schien die wirtschaftliche Lage nun nicht mehr so hoffnungslos wie unmittelbar nach dem Krieg.

Mit dem Begriff „lebensfähig“ war das ökonomische Grundproblem der Österreichischen Republik allerdings nicht richtig gestellt. Langfristig ging es um die Frage der Möglichkeiten des Kleinstaates zur Wiederherstellung und Weiterentwicklung seines wirtschaftlichen Potenzials, insbesondere seiner Industrie. Friedrich Hertz (1925) trat mit seinen statistischen Untersuchungen dem Vorurteil, dem nicht nur Schumpeter und Gustav Stolper (1921) aufsaßen, entgegen, Österreich und Wien sei hauptsächlich Verwaltungs-, Finanz- und Dienstleistungszentrum der Monarchie gewesen. Vielmehr war es „ein hochindustrialisiertes Land“, als solches allerdings stark vom Zugang zu seinen traditionellen Märkten, die zu Exportmärkten geworden waren, abhängig. Aber die Bemühungen Österreichs um eine Liberalisierung des Außenhandels mit den Sukzessionsstaaten scheiterten. Das österreichische Bruttonationalprodukt übertraf erst 1928 das Vorkriegsniveau und lag 1937 um 9 Prozent darunter. Es fehlten die äußeren Bedingungen, „die grundlegenden wirtschaftlichen Kräfte ... wieder in Gang zu setzen, sodass sie die Wiederherstellung von Wohlstand und Ordnung fördern“ (s.o.).

Wie Recht Keynes hatte, zeigt sich daran, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs einen völlig anderen Verlauf nahm. Entscheidend dafür war die Teilnahme an der zunehmenden wirtschaftlichen Integration Europas, die mit der Gründung der OEEC (später OECD) bereits in den 1940er Jahren begann und schließlich 1995 zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Union führte.

### *Literatur*

- Bauer, O. (1923): Die österreichische Revolution, Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.
- Butschek, F. (1985): Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung und Gustav Fischer Verlag.

- Chaloupek, G. (2011): From Stabilization to Depression. Comments in the Österreichische Volkswirt on economic policy in Austria between 1923 and 1932, in: Backhaus, J. (Hg.), *The Beginnings of Scholarly Economic Journalism The Austrian Economist and The German Economist*, New York: Springer-Verlag, 73-91.
- Die Friedensverträge von St. Germain. Wien, im Juni 1919 (1. Entwurf), Aus der deutschösterreichischen Staatsdruckerei.
- Hardach, G. (1973): *Der Erste Weltkrieg*, Band 2 der Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, München: dtv.
- Hertz, F. (1925): Zahlungsbilanz und Lebensfähigkeit Österreichs, in: *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, Band 167.
- Hertz, F. (1947): *The Economic Problem of the Danubian States*, London: Verlag Victor Gollancz.
- Hoffmann, R. (1977): Die wirtschaftlichen Grundlagen der britischen Österreichpolitik 1919, in: *Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs*, Sonderdruck 30, Wien.
- Keynes, J. M. (1920): *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*, übersetzt von M.J. Bonn und C. Brinkmann, München/Leipzig: Duncker & Humblot.
- Keynes, J. M. (1922): *Revision des Friedensvertrages*, übersetzt von F. Ransohoff, München/Leipzig: Duncker & Humblot.
- Klein, F. (1920): *Die Revision des Friedensvertrages von Saint Germain. Ein Leitfaden für die Aufklärungsarbeit*. Wien et al.: Frisch & Co. Verlag.
- Leonhard, J. (2018): *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923*, München: C.H Beck Verlag.
- März, E. (1981): *Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913-1923*, Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
- Naumann, F. (1915): *Mitteleuropa*, Berlin: Verlag Reimer.
- Schüller, R. (1920/21): Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik*, N.F. 1(1920/21), 34-43.
- Schumpeter, J. A. (1954): *Dogmenhistorische und biographische Aufsätze*, Tübingen: J.C.B Mohr Verlag.
- Schumpeter, J. A. (1992): *Politische Reden*, hrsg. von C. Seidl und W.F. Stolper, Tübingen: J.C.B Mohr Verlag.
- Skidelsky, R. (1983): *John Maynard Keynes, Vol. I: Hopes Betrayed 1883-1920*, London: Macmillan.
- Stadler, K. R. (1968): *Hypothek auf die Zukunft. Entstehung der österreichischen Republik 1918-1921*, Wien: Europaverlag.

- Stolper, G. (1917): Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem, Wien/Leipzig: Verlag Franz Deuticke.
- Stolper, G. (1921): Deutsch-Österreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem, München: Drei Masken-Verlag.